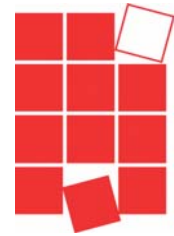


Volkshochschule Essen Essener Friedens-Forum informieren



Friedens- schulen statt Militär in die Schulen

Foto: Institut für Friedenspädagogik Tübingen

Mit einer Kooperationsvereinbarung wollte die CDU/FDP-Landesregierung von NRW die Zusammenarbeit zwischen Schule und Bundeswehr im Rahmen der politischen Bildung intensivieren. Mittel dafür sollen Besuche von Lehrern/innen bei der Truppe, Tagesseminare für Schüler/innen und die Einbindung von regionalen Jugendoffizieren der Bundeswehr in die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften und Referendaren/innen sein.

Jedoch entspricht dies nicht dem Geist des Art. 7 der Landesverfassung NRW, der die Erziehung zum Frieden zur Maßgabe schulischer Bildung macht. Den schulministeriellen Versuchen, der Bundeswehr einen exklusiven Zugang zu den Schulen zu ermöglichen, stehen die gesetzlichen Grundlagen der Erziehung zum Frieden entgegen. Deshalb ist es notwendig, an den Schulen Initiativen für konstruktive und gewaltfreie Konfliktlösungen zu etablieren, damit Friedenserziehung und Gewaltfreiheit in der Schule eine fundierte Grundlage erhalten. Dieses Konzept liegt dem

Vortrag des Friedensforschers Bernhard Nolz

zugrunde, dem sich die Diskussion u. a. folgender Fragen anschließt: Ist die Aufwertung der Bundeswehr in der Bildungspolitik mit dem Neutralitätsgebot zu vereinbaren? Was kann die Friedensbewegung tun, um der Erziehung zum Frieden die Bedeutung zu geben, die sie braucht? Einst sagte Willy Brandt: Die Schule der Nation ist die Schule – wie können Schüler/innen ein gewaltfreies Leben in der Demokratie lernen?

Mittwoch, 19. Mai, 19:00 Uhr

Volkshochschule, Burgplatz 1

Eintritt frei